

BEA-Sitzung 12. Februar 2013
Ort: Trave-Grundschule
Beginn: 19.10 Uhr
Ende: 21.15 Uhr
Anwesend: s. Unterschriftenliste

Gäste: Fr. Behlicke (Schulamt d. Bezirks)
Hr. Peiritsch (Vorsitzender des LEA Berlin)

TOP 0

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

Das Protokoll wurde einstimmig genehmigt und kann damit auf der Webseite veröffentlicht werden.

TOP 1

Schulessen:

Die Gesetzesänderung zum Schulessen tritt frühestens zum 1. August 2013 in Kraft. Die neuen Preise gelten ab dem 1. Februar 2014. Die Änderung betrifft nur die Grundschulen. Die Oberschulen haben eigene Rahmenverträge.

Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg können die Verträge für Essensanbieter frühestens zum 30. April 2014 gekündigt werden, sodass die Umsetzung zum 1. August 2014 erfolgen kann. Fr. Belicke vom Schulamt rät von einer früheren Kündigung und übergangsweise befristeten Verträge mit Caterern ab. Grund: Für die Zwischenzeit findet sich wohl kaum ein Unternehmen, das die Versorgung übernimmt. Der Bezirk ist aber verpflichtet, die Versorgung der Grundschul Kinder sicherzustellen.

Das Schulamt berät über die Vergabe der Aufträge. Favorisiert wird eine Musterausschreibung für alle Berliner Schulen.

Die Arbeitsgruppe Qualitätssicherung wünscht verbindliche Essenskommissionen bestehend aus Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern sowie Eltern, die dem Schulamt als Vertragspartner einen Entscheidungsvorschlag unterbreitet. Das Schulamt hofft laut Fr. Belicke, dass bei einem künftigen Essenspreis von € 3,25 die Auswahl unter mehreren Anbietern getroffen werden kann. Unklar ist noch, wer die Qualitätskontrolle übernimmt. Zurzeit sind für das gesamte Land Berlin nur vier Stellen geplant, d.h. ein Kontrolleur für drei Bezirke. Die Bezirke wollen darüber hinaus, dass Verwaltung und Steuerung bei der Senatsverwaltung Berlin liegt.

Ein weiterer Diskussionspunkt ist die Vertragsgestaltung mit den Eltern. Deren Eigenanteil wird bei € 37 liegen wird. Für den Zuschuss von 30 Prozent stellt der Bezirk künftig finanzielle Mittel zweckgebunden in den Haushalt ein. Es wird Härtefallregelungen geben.

Der LEA fordert, dass sich der Senat zu 50 Prozent an den Kosten für das Schulessen beteiligt. Er hält eine Staffelung für erforderlich und spricht sich gegen einen Härtefallfonds aus.

Vera Vordenbäumen ergänzt, dass viele Familien in einkommensschwachen Bezirken wie F'hain/Kreuzberg einen Eigenanteil von € 37 kaum aufbringen können. Eine

Ausgrenzung der Kinder vom Schulessen hält sie für das falsche Signal. Kinder würden nicht verstehen, warum die einen essen dürften und die anderen nicht. Sie empfiehlt den Eltern, sich über das Kontaktformular auf der Homepage des LEA entsprechend zu äußern.

Hr. Peiritsch setzt sich dafür ein, ein Zwischenkündigungsrecht mit den Caterern einzuräumen. Zurzeit erhebt das Schulamt den baulichen Zustand und die Ausstattung der Mensen an Grundschulen.

Das Schulamt empfiehlt dem Rat der Bürgermeister, die Vorlage der Schulsenatorin nochmals in den Ausschüssen beraten zu lassen.

Inklusion:

Zum Thema Inklusion berichtet der LEA-Vorsitzende Hr. Peiritsch, beim Konzept des Landes Berlin herrsche weitgehend Konsens, mit Ausnahme der Themen Personal und Geld.

Ein Problem sei auch die Feststellungsdiagnostik. Und die verlässliche Grundausrüstung soll den Förderbedarf ersetzen.

Vera Vondenbäumen setzt sich dafür ein, eine AG Inklusion auf Bezirksebene einzurichten. Ungeklärte Fragen sind, wie die Schulen darauf vorbereitet und ausgestattet sind, wie viele Erzieherinnen und Erzieher eine sozialpädagogische Ausbildung haben und welche Probleme es gibt. Sie empfiehlt außerdem, Inklusion in den GEV'en und den Schulkonferenzen der Grundschulen zu thematisieren.

TOP 2 und **TOP 3** entfallen aus Zeitmangel.